

Vom Protest zum Widerstand

Mittlerweile sind einige Proteste in Deutschland gegen die Auswirkungen der Krise angelaufen. Die erste Schockstarre ist überwunden. In den letzten 3 Monaten gab es so viele Demonstrationen, Aktionen, Tarifstreiks und betriebliche Auseinandersetzungen, wie schon lange nicht mehr. Es beginnt sich Widerstand an verschiedenen Fronten aufzubauen: gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf unserem Rücken, gegen Lohnraub, gegen Entlassungen und Betriebsschließungen, gegen das marode Bildungssystem. Eine erste Bilanz dieser Proteste ist, dass sie größer, bunter und kämpferischer werden. Die Organisation von unten nimmt zu. Die Proteste werden auch durch Vorbilder aus anderen Ländern inspiriert. So gab es erste Betriebsbesetzungen z.B. Federal Mogul in Wiesbaden und spontane Arbeitsniederlegungen wie bei Mahle in Alzenau. Hinzu kommt, dass auch die Aktionsbereitschaft anderer Schichten wie der Jugend steigt.

Auftakt – Demo am 28. März

Den Auftakt bildete die Demo am 28. März in Frankfurt und Berlin mit 55.000 Protestierenden unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Diese Demo wurde von einem breiten Bündnis von ca. 200 sozialen, politischen, ökologischen Organisationen und gewerkschaftlichen Gliederungen initiiert und durchgeführt. Das Ziel, eine Protestbewegung in Gang zu setzen, wurde erreicht.

www.kapitalismuskrise.org oder www.28maerz.de

Politische Streiks der IG Metall

Vom 11. bis 15. Mai gab es eine Aktionswoche der IG Metall in Baden-Württemberg. Über 30.000 KollegInnen protestierten während der Arbeitszeit gegen Entlassungen in der Krise und nahmen das politische Streikrecht wahr. Das Motto: „Eine Region steht auf – Beschäftigung statt Entlassungen“.

Aktionstage des europäischen Gewerkschaftsbundes

Vom 14. bis 16. Mai rief der Europäische Gewerkschaftsbund zu Aktionstagen und Demonstrationen in mehreren europäischen Städten auf. Mehrere Hunderttausend folgten dem Aufruf.

Im Rahmen dieser Aktionstage rief der DGB am 16. Mai zu einer Demonstration in Berlin unter dem Motto „Die Krise bekämpfen, Sozialpakt für Europa. Die Verursacher müssen zahlen“ auf. Hunderttausend folgten dem Aufruf. Selbstgemalte Transparente und Schilder, rote Fahnen, kämpferische Parolen und Lieder bestimmten die Demo. Im Vergleich zu früheren Demonstrationen fielen zahlreiche Gewerkschaftsgruppen aus Betrieben, die in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise von der Schließung oder von Massenentlassungen bedroht sind, auf.

Phantasievolle Proteste begleiteten den Zug: Ein Sarg für den Kapitalismus oder eine Holzguillotine für die Kapitalisten. Die Gewerkschaftsjugend hatte sehr kämpferische Parolen. In einem blumengeschmückten Sarg trug die ver.di-Jugend symbolisch den Kapitalismus zu Grabe. Die Themen Streik, Generalstreik, Kämpfen statt Verzicht durchzogen den Zug, ebenso wie Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen, Mindestlohn und Beseitigung der Hartz-Gesetze.

Bundesweiter Bildungsstreik

Ein vorläufiger Höhepunkt der bundesweiten Bildungsstreikwoche für bessere Bildung und gegen Studiengebühren waren sicherlich die Demonstrationen und

Kundgebungen, die am 17. Mai in über 100 Städten mit 270.000 Protestierenden stattfanden. In einigen Städten (z.B. Stuttgart) ist es auch gelungen, dass SchülerInnen und StudentInnen gemeinsam mit den streikenden Kita-Beschäftigten, Auszubildenden und aktiven Gewerkschaftern auf die Straße gingen. Insgesamt waren auch diese Aktionen von einer bunten Vielfalt von Demos, Blockaden, Besetzungen, symbolischen Banküberfällen, Sitzstreiks u.v.a.m. geprägt.



www.bildungsstreik2009.de

Wie weiter?

Die größten Grausamkeiten werden uns mit Sicherheit erst nach der Bundestagswahl präsentiert. Bis dahin werden sich Kapital und Kabinett noch einigermaßen moderat geben. Bis dahin müssen wir aber auch dafür sorgen, dass wir gemeinsam diese Grausamkeiten zurückweisen können und Schritte hin zu Alternativen diskutieren und gehen können. Wir müssen aufzeigen, dass der Kapitalismus den Menschen keine sichere Perspektive bietet und deshalb abgewrackt werden muss. Notwendig dafür sind breite regionale Bündnisse von Gewerkschaften, betrieblichen Akteuren und gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen. Diese Bündnisse gilt es, auch bundesweit zu vernetzen. Es gibt die Idee eines bundesweiten, dezentralen Aktionstages Mitte September. Bei Aktionstagen könnten exemplarisch betriebliche Kundgebungen, Sozialproteste, Blockaden, Streiks und andere phantasievolle Aktionsformen verbunden werden. Wichtig ist auch eine Vernetzung der verschiedenen

Bewegungen für gemeinsame Ziele, SchülerInnen- und StudentInnenproteste, Umwelt- und Ökologiebewegung, soziale Bewegungen, betriebliche Aktionen für den Erhalt der Arbeitsplätze. Die verschiedenen Spektren könnten so die unterschiedlichen Krisen in einen Zusammenhang bringen, wir könnten längerfristig lokale und vernetzte Strukturen von Protest, Solidarität und Widerstand aufbauen. Das Gefühl der Stärke würde durch solche Aktionen zunehmen.

Die Gewerkschaften müssen wieder zu einer gesellschaftlichen Kraft werden, die sich nicht vor sozialen

Unruhen fürchtet wie DGB-Chef Sommer, sondern diese Unruhen als Chance sieht, eine Gegenmacht aufzubauen und die gesellschaftlichen Verhältnisse im Interesse der abhängig Beschäftigten zu verändern. Den Kurs von Regierung und Kapital mit zu tragen, ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften. Ihre Aufgabe ist, das politische Streikrecht zurück zu erobern und über einen in Etappen vorbereiteten Generalstreik soziale und politische Forderung durchzusetzen. An diesen Aufgaben müssen wir alle gemeinsam arbeiten. Nur so können wir den gemeinsamen Gegner erfolgreich bekämpfen.

Federal Mogul: Kämpfen lohnt sich

Die KollegInnen vom Gleitlagerwerk Federal Mogul in Wiesbaden haben mit ihrem Streik Anfang Mai längst nicht alles erreicht, was sie wollten, aber ohne Kampf hätte es eine schwere Niederlage gegeben. Die Kampfführung war vorbildlich, aber es wurden auch klar die Grenzen aufgezeigt, wenn eine Belegschaft in Zeiten allgemeiner Überkapazitäten alleine kämpft.

Der Konzern wollte von den 1600 Beschäftigten 436 entlassen und mit Sicherheit wäre das noch nicht das Ende der Fahnenstange gewesen (der Auftrags-einbruch bei diesem Zulieferer der Automobilindustrie beträgt zwischen 40 und 50%). Als die Geschäftsleitung angekündigt hatte, die Kurzarbeit absetzen zu wollen und statt dessen 436 Menschen auf die Straße zu setzen, mobilisierten Betriebsrat und Vertrauenskörper die Belegschaft mit der Parole: „**Kurzarbeit statt Entlassungen**“. Auf dieser Schiene hat der Betriebsrat beim Arbeitsgericht ein wenig Zeit rausgeschunden, was für die Mobilisierung genutzt werden konnte. Aber an der Grundsatzentscheidung des Konzerns konnte damit nicht gerüttelt werden. Es blieb nur der Weg, über Verhandlungen für einen Sozialtarifvertrag den Preis für die Entlassungen hochzuschrauben, so dass es möglichst wenige KollegInnen trifft und sie eine bessere Absicherung bekommen.



Die Verhandlungsführung der Gewerkschaft war dann maßgeblich von der starken Gruppe in der Betriebsratsspitze, dem Vertrauenskörper und der inzwischen gut mobilisierten Belegschaft bestimmt, so dass zum rechten Zeitpunkt die Gespräche als gescheitert erklärt werden konnten und am 4. Mai die Urabstimmung durchgeführt wurde. 99% der Anwesenden beteiligten sich und stimmten mit 94% für Streik. Gestreikt wurde dann vom 6.-8. Mai und nach dem Wochenende wieder am 12. Mai. Die Geschäftsleitung geriet aufgrund des Lieferengpasses (just-in-time-Produktion) unter Druck und musste am 12. Mai wesentliche Zugeständnisse machen. Gleichzeitig aber drohte die Streiksituation zu kippen, weil die Geschäftsleitung die Namensliste der „zu Entlassenden“ streuen wollte. Die Belegschaft spürte in diesem Moment, dass sie – trotz der guten Unterstützung durch das Solidaritätskomitee – im Grunde allein dastand. Es gab keinen gemeinsamen Kampf der Beschäftigten in der Automobil-

industrie (was von der IG Metall hätte organisiert werden müssen). Der Vertrauenskörper bekam das Schlottern und erwartete von der Verhandlungsführung lieber einen Kompromiss, als mit dem befürchteten Zusammenbruch des Streiks eine komplette Niederlage zu kassieren.

Heraus kam eine Kombination von zwei Programmen, die mit verbesserten Abfindungen (Qualifizierung) einmal 80 KollegInnen im Alter von über 50 zum gleitenden Übergang bewegen soll und 120 KollegInnen mit Entlassungen direkt treffen wird. Am Stichtag (15. Juni) hatten sich aber nur 23 ältere KollegInnen gefunden, die das entsprechende Angebot annehmen wollen, so dass es faktisch mehr als 120 Entlassungen geben wird.

Mindestens zwei Lehren liegen auf der Hand:

Erstens hat sich trotz der jetzt zu erwartenden Entlassungen der Kampf gelohnt, weil weniger Menschen betroffen sind und weil wichtige Kampferfahrungen gesammelt wurden (die Produktion kam vollständig zum Erliegen, die Tore wurden blockiert, Streikbrecher abgehalten, ein Solidaritätskomitee gebildet, ein Familienfest am Tor organisiert usw.).

Zweitens ist klar, dass in einer Situation der allgemeinen Krise und besonders der Überkapazitäten in der Automobilindustrie eine einzelne Belegschaft in einer solchen Frage keine wirkliche Kampfperspektive hat. Es gibt auf diese Herausforderung nur eine einzige in sich schlüssige Antwort: Die Gewerkschaft muss unverzüglich einen breiten Kampf für eine **Arbeitszeitverkürzung** bei vollem Entgelt- und Personalausgleich ansteuern. Ein solcher Kampf hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die KollegInnen davon überzeugt sind, dass die Gewerkschaft keine faulen Kompromisse eingeht, dass also keine Abstriche beim Einkommen erfolgen und dass die Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten erfolgt, so dass sie sich tatsächlich arbeitsplatzsichernd auswirkt. Parallel dazu muss eine breite Bewegung für die Umstellung der Produktion auf umweltschonende Verkehrsmittel und andere sinnvolle Investitionen aufgebaut werden.

Da diese beiden Achsen von der heutigen IGM-Führung nicht zu erwarten sind, muss die Bewegung von unten aufgebaut werden, und zwar so stark, dass auch die offiziellen Gremien nicht mehr daran vorbeikommen. Wir haben also viel zu tun.

Jakob Schäfer (Forum Gewerkschaftliche Gegenmacht, Wiesbaden)

Weitere Infos über die Gewerkschaftslinken und ihre örtliche Foren gibt es im Labournet unter: www.labournet.de/GewLinke

Tarifabschluss Einzelhandel: Ver.di Baden-Württemberg lehnt „Pilotabschluss“ ab

Die Forderung in Baden-Württemberg für die Einzelhandelsbeschäftigten beträgt 6,8 Prozent, mindestens aber monatlich 145 Euro. Der Abschluss in NRW, der auf alle 2,7 Millionen Beschäftigten der Branche übertragen werden soll, ist von der Forderung weit entfernt. In den ersten vier Monaten soll es keinen Cent mehr geben. Ab 1. September 2009 werden die Einkommen um 2, ein Jahr darauf um weitere 1,5 % erhöht – bei einer Laufzeit von 24 Monaten.

Heftigen Protest hat der im nordrhein-westfälischen Einzelhandel erzielte Tarifabschluss ausgelöst. Insbesondere im kampfstarken ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg regt sich Widerstand dagegen, den zum „Pilotabschluss“ deklarierten Vertrag aus NRW zu übernehmen. Die Kritik richtet sich sowohl gegen die geringe Höhe der Gehaltssteigerung als auch gegen das als undemokratisch empfundene Vorgehen der Gewerkschaftsspitze.

Resolution der bezirklichen Tarifkommission Stuttgart

Die bezirkliche Tarifkommission Stuttgart/Heilbronn protestiert heftig gegen das Tarifergebnis in NRW. Wir sind in dieser Tarifrunde angetreten, um einen wirklichen Sprung bei den Löhnen und Gehältern durchzusetzen. Das ist definitiv nicht gelungen. Der Abschluss bewegt sich nicht einmal in der Nähe unserer Forderungen.

Wir können auch nicht verstehen, warum zu diesem Zeitpunkt ein Abschluss gemacht wurde. Wir waren erst am Anfang unserer (i.d.R. mehrtägigen) Warnstreiks. Unsere Streikbetriebe sind gut gestanden und waren bereit auch unbefristet in den Arbeitskampf zu gehen. Die Kollegen/innen fühlen sich ausgebremst und können diese Art der Tarifkoordination nicht nachvollziehen. Wir fordern euch auf, diesen Abschluss in NRW nicht als Pilotabschluss zu werten und die Tarifauseinandersetzung nicht zu beenden. Die Art und Weise, wie hier gegen den Willen unserer Mitglieder entschieden wurde, halten wir für nicht demokratisch. Wir akzeptieren nicht, dass über die Köpfe der Streikenden hinweg entschieden wurde. Es hätte genügend Möglichkeiten gegeben, mit den Streikenden auf den Versammlungen zu diskutieren und deren Votum einzuholen. Dass dies nicht geschehen ist, verstößt gegen die innergewerkschaftliche Demokratie.

Wir unterstützen, dass ver.di Ba-Wü dieses Tarifergebnis nicht übernommen hat und sehen uns in der Lage weiter zu machen. Unabhängig vom Ergebnis der Koordination am 23.6. fordern wir eine bundesweite Tagung der Landestarifkommissionen, um die weitere Tarifstrategie mit den demokratisch gewählten Vertreter/innen zu diskutieren und entscheiden.

Stuttgart, den 15.6.09/ auf der Sitzung der bezirklichen Tarifkommission einstimmig beschlossen.

Ver.di Stuttgart

Bernd Riexinger, Christina Frank, Christian Paulowitsch

Treffen verschiedener Organisationen: Nächste Aufgaben und Forderungen

Auf Einladung des Rhein-Main Bündnis gegen Billiglöhne und Sozialabbau (RMB) und des Arbeitsausschusses des Netzwerks der Gewerkschaftslinken tagten am 13. Juni VertreterInnen verschiedener sozialer Initiativen, Gruppierungen und Organisationen in Frankfurt/M.

Ziel des Treffens war es, eine **erste Bilanz** der bisherigen Mobilisierungen (28. März und 16. Mai) gegen die Folgen der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit langem zu ziehen, weitere inhaltliche Klärung über zu stellende Forderungen und neue Aktionsperspektiven zu diskutieren.

Auf dem Treffen wurde vereinbart, dass das Bündnis einen **dezentralen Aktionstag** noch vor den Bundestagswahlen unterstützt. Sinnvoll wäre, **vor Ort breite Bündnisse** gegen die Krise zu bilden. Erste Aufgabe dieser Bündnisse wäre, den dezentralen Aktionstag entsprechend den örtlichen Voraussetzungen, Möglichkeiten und politischen Kräften vorzubereiten. Die **politischen Schwerpunktaufgaben** in der sich entwickelnden Bewegung gegen die Krise bestehen darin, Illusionen in einen sozial gerecht zu reformierenden Kapitalismus zu bekämpfen und darüber aufzuklären, dass die Ursache der Krise im Kapitalismus selbst liegen und nicht in einer „falschen Politik“ oder „falschen Ideologie“ der Herrschenden. Die sozialen Interessen der Lohnab-

hängigen sind zu verteidigen ohne Rücksicht auf die Interessen des Kapitals.

Zunächst werden folgende Forderungen im Vordergrund stehen:

- 10 EURO Mindestlohn - 30 Std. Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich – 500 Euro Eckregelsatz“
- Bezug von Arbeitslosengeld I mindestens fünf Jahre lang zu 80% des Nettolohns
- Rente mit 60 ohne Abschläge
- Abschaffung jeglicher von Kapitalmärkten abhängiger Altersvorsorge
- Wiederanhebung des Körperschafts- und Spitzensteuersatzes, der Einkommenssteuer mindestens auf dem Stand von 56 %

Die anwesenden Organisationen haben sich als "Bündnis 31.01" konstituiert, um die genannten Aufgaben in die sich entwickelnde Bewegung gegen die Krise einzubringen.

Christiaan Boissevain, Münchner Gewerkschaftslinken

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain Max-Planck-Straße 64 a, 63500
Seligenstadt

Tel: 06182/782306 / E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 25. Juni 2009

Ausverkauf bei Mahle Alzenau - IG Metall vereinbart die Schließung

Seit nunmehr zwei Monaten kämpfte die Belegschaft des Werkes gegen die Schließung, die für Ende Juni geplant ist. Es ist ihr wirklich gelungen, die ganze Region zu mobilisieren. Vor dem Werkstor stand eine Mahnwache, bei der täglich Delegationen von anderen Betrieben oder lokalen Vereinen, EinwohnerInnen der umliegenden Orte Kuchen und Geldspenden vorbeibrachten. Höhepunkte waren der Ostermarsch mit 1000 Beteiligten und eine Demonstration mit 3000 Teilnehmenden am 18. April.

Aber der Blick der Alzenauer Mahle-Beschäftigten ging auch über die Region hinaus: Am 13.5. besuchte ein Auto-Korso das Werk in Colmar/Frankreich, am 23.4. hatte es einen konzernweiten Aktionstag gegeben. Zwei Monate höchstes Engagement der Belegschaft, aber was konnte sie bewegen? Seit kurzem verbreitet die IG Metall Aschaffenburg und Bayern, dass Alzenau gerettet wäre. Seit dem 28. Mai erst recht. Das ist aber Unsinn: Die Produktion wird nämlich im Juli auf Null heruntergefahren, dann dürfen die Beschäftigten 2 Jahre kurzarbeiten auf Null. Ein Projektteam soll nach neuen Produkten suchen, die "kostengünstig" dort gefertigt werden können. Sollte es überhaupt Produkte finden, dann wird die Geschäftsführung immer einen Standort finden, an dem diese billiger herzustellen sind. Wenn Konzernchef Junker gewollt hätte, hätte auch die Produktion des Turboladers, ein völlig neues Produkt im Konzern, nach Alzenau vergeben werden können. Es wäre die Aufgabe der IGM, diesen Betrug an Arbeitsagentur, der Öffentlichkeit und der Belegschaft aufzudecken. Stattdessen verbreitet sie ihn mit Lobgesängen.

Aber auch schon Mitte Mai, als noch nichts sicher war, als die Belegschaft zwei Tage in der Werkskantine tagte, teilweise in der Fabrik übernachtete und von der Konzern-Zentrale mit Kündigung wegen "Wildem Streik" bedroht wurde, verbreitete die IG Metall das Märchen von der Rettung. Die Belegschaft konnte sie damit nicht täuschen - wohl aber die Öffentlichkeit und viele, die solidarisch zum Kampf der Alzenauer standen.

Es wäre die Aufgabe der IG Metall gewesen, die Solidarität überall zu organisieren, nicht sie zu untergraben!

In Zeiten der Krise sind die Menschen verunsichert. Solange Hoffnung besteht, halten sich die meisten bedeckt. Gerade Leute und Belegschaften, die keine Kampferfahrung haben, haben gezögert, sich voll mit den Alzenauern zu solidarisieren. Es wäre keine Kunst gewesen, mit nur zwei oder drei weiteren Werken, den Konzern - trotz Krise - in massive Lieferwierigkeiten zu bringen. Die spanischen KollegInnen aus Vila Nova haben dies mit einem zweiwöchigen Streik bewiesen.

Es muss auch die Frage aufgeworfen werden, wie die Bürokratie eine Besetzung verhindern konnte. Sie arbeitete mit Tricks, Täuschung, nutzte die politische Unerfahrenheit der Beschäftigten, bestehende Spaltungslinien z.B. von Jung und Alt oder einfach die Ängste der ArbeiterInnen aus. Der Vorsitzende der IG Metall in Bayern wollte um jeden Preis eine Besetzung verhindern. Er drohte den KollegInnen und betrieb Angstmacherei. Er sprach von Hundertschaften Polizei, die schon bereit stünden und davon, dass sich alle Beteiligten zu Kriminellen machen würden. Er beschuldigte die Leute, Maschinen zerstören zu wollen, obwohl keiner das verlangt hatte. Der Begriff „Besetzung“ wurde zum Tabu erklärt.

Aktive Gewerkschafter sollten aus diesen Erfahrungen folgendes lernen: Eine Welle von Betriebsbesetzungen wäre eine richtige Antwort auf die Krise der Kapitalisten, wäre besser als sich einzeln abschlagen zu lassen!

Streik der ErzieherInnen verdient breite Unterstützung

Seit über einem Monat sind die Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsdienste im Streik gegen Niedriglöhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die ErzieherInnen und SozialpädagogInnen gehören zu den größten VerliererInnen des TVöD/TVL, der seit dem 1. Oktober 2005 in Kraft ist und den BAT ablöste. Sie verloren in der Größenordnung von durchschnittlich 20%.

Nach dem TVöD fängt eine ErzieherIn nach 4 Jahren Ausbildung mit 2.130 € (EG 6, St 2) an und nach 15 Berufsjahren hat sie 2.474 € auf einer vollen Stelle. Viele ErzieherInnen bekommen nur einen Teilzeitjob. Ein Drittel der ErzieherInnen verdient brutto weniger als 1.500 €. Besonders hart trifft es auch die Stellenwechsler und Wiedereinsteiger. Sie fallen nach dem TVöD auf den Lohn der Berufseinsteiger zurück und verlieren bis zu 1.000 €.

GEW und ver.di fordern nun eine Eingruppierung in EG 9 statt EG 6. Das wäre eine Erhöhung der Gehälter um 300 € in der Eingangsstufe. Auch für die anderen Erziehungsberufe hat ver.di Forderungen erhoben. KinderpflegerInnen sollen z.B. in EG 7, SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen in die EG 10 bis 12. LeiterInnen von Kitas in EG 11 bzw. EG 12. Während die Löhne für die ErzieherInnen sinken, steigen die Anforderungen an die Erziehungsberufe beständig. Die körperlichen und geistigen Berufsbelastungen der ErzieherInnen sind enorm. Nach einer Infratest-Umfrage geben 80% der ErzieherInnen an, dass sie nicht erwarten, das gesetzliche Renteneintrittsalter in ihrem Beruf zu erreichen. Tatsächlich ist diese Berufsgruppe einer Kombination besonderer gesundheitlicher Gefährdungen ausgesetzt:

- Lärm (Dauerschallpegel teilweise um 85 dB(A))
- Tragen und Heben (Kleinkinder, Behinderte)
- Unergonomische Zwangshaltungen (Möbiliar für Kinder)

- Infektionsgefährdung wie Masern, Röteln, Windpocken
- Zu diesen Belastungen kommen noch Personalverknappung und dadurch weitere Arbeitsverdichtung hinzu.

In den bisherigen Verhandlungen gab es bis jetzt keinerlei Bereitschaft für eine höhere Anerkennung und Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe. Die Verhandlungen haben bei der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände lediglich in einem von rund 50 Tätigkeitsfeldern ein Teilangebot hervorgebracht. Dies betreffe aber nur 20 % der ErzieherInnen. Dabei würden Ledige ein Plus von 0,3% erreichen, während Verheiratete ein Minus von 3,6% erleiden würden – gegenüber dem Stand von 1990. 80% der Betroffenen gingen leer aus bzw. hätten Verluste von mehr als 1.000 € im Jahr. Auch die Verhandlungen zu einem Gesundheitsförderungstarifvertrag sind keinen Schritt vorangekommen. Ver.di fordert einen Tarifvertrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung, möchte einen Abbau der Arbeitsbelastungen, sowie einen individuellen Anspruch der Beschäftigten auf eine Gefährdungsanalyse des Arbeitsplatzes durchsetzen.

Es ist mutig, in solchen Zeiten für solche Ziele zu streiken.

Wichtig ist, die Solidarität und Unterstützung der Eltern und der Öffentlichkeit bewusst zu organisieren.

www.labournet.de/branchen/dienstleistung/allg/bildung